

## ■ Bologna auf dem Prüfstand

Die Bundesregierung hat einen Bericht zum Stand der Bologna-Reformen veröffentlicht.

Ende Mai werden sich in Paris die Ministerinnen und Minister aller 48 an der Bologna-Erklärung beteiligten Länder treffen. Im Vorfeld hat die Bundesregierung einen Bericht zur deutschen Hochschullandschaft von 2015 bis 2018 veröffentlicht. Darin gleicht sie die Entwicklungen mit den Bologna-Vorgaben ab und formuliert Positionen für die zehnte Bologna-Konferenz.<sup>1)</sup>

Die Bologna-Reformen haben die europäische Hochschul- und Forschungslandschaft tiefgreifend verändert. Erklärtes Ziel waren insbesondere gemeinsame Qualitätsstandards und die Umstellung auf europaweit vergleichbare Bachelor- und Masterabschlüsse. In den fast zwei Jahrzehnten seit der Bologna-Erklärung wurde kontrovers über die Ziele und ihre Umsetzung diskutiert – gerade auch in der Physik, etwa in Bezug auf eine Verschulung des Studiums. Die DPG veröffentlichte 2004 Empfehlungen für den Umbau zum Bachelor- und Mastersystem mit dem Ziel, die Ausbildungsstandards des Diploms im Masterabschluss zu erhalten.<sup>2)</sup> Dieser sollte die Regel bleiben, da der Bachelor kein berufsqualifizierender Abschluss sei. Das ergab eine 2011 von der DPG durchgeführte Umfrage, laut der in der Industrie so gut wie keine Nachfrage nach Bachelorabsolventen aus der Physik besteht.<sup>3)</sup>

Ohne nach einzelnen Fachrichtungen zu differenzieren, verzeichnet die Bundesregierung viele Entwicklungen der letzten Jahre als Erfolg. Aktuell zielen rund 91 Prozent aller Studiengänge an deutschen Hochschulen auf einen Bachelor- oder Masterabschluss ab. Der Umbau ist damit so gut wie beendet, denn bei den übrigen neun Prozent handelt es sich größtenteils um staatliche (Jura, Medizin, Pharmazie und zum Teil Lehramt) und kirchliche Abschlüsse, die nicht umgestellt werden. Zwei Drittel aller Bachelorabsolventen von 2013 haben bis 2016 ein Masterstudium aufgenommen.



Die 48 Staaten, die sich an der Bologna-Erklärung beteiligt haben (grün), gehen auch über das Gebiet der Europäischen Union hinaus.

Weiteres Ziel der Bologna-Reform war es, dass mindestens 20 Prozent der Studierenden ein Studium oder Praktikum im Ausland absolvieren. Bei den deutschen Studierenden liegt dieser Anteil mit 36 Prozent deutlich höher, verfehlt aber noch das nationale Ziel von 50 Prozent. Dabei ist Deutschland das einzige Land, in dem die Hochschulen verpflichtet sind, Studierenden ein Auslandsstudium anzubieten. Oft ist ein „Mobilitätsfenster“ für einen Auslandsaufenthalt in den Studienplänen vorgesehen. Die Zahl der ausländischen Studierenden in Deutschland beträgt aktuell rund 10 Prozent. Dieser Anteil ist seit dem letzten Bericht 2015 stärker gewachsen als die Gesamtzahl der Studierenden. Der Bericht lobt dabei die Zunahme internationaler Kooperationen und gemeinsam gestalteter Studienprogramme (Joint Degree). Nachholbedarf besteht bei der gegenseitigen Anerkennung von Prüfungsleistungen. So hat ein Drittel der deutschen Studierenden Studienleistungen aus dem Ausland nicht anerkannt bekommen. Damit verlängert ein Studium im Ausland, entgegen den Bologna-Zielen, oft die Gesamtstudiendauer.

Der Bericht skizziert auch die Schwerpunkte der Bundesregie-

rung für die kommenden Gespräche in Paris. Sie möchte sich dafür einsetzen, die Chancen der Digitalisierung in Zukunft weitreichender zu nutzen, sowohl in Lehre und Forschung als auch in der Hochschulverwaltung. Außerdem sollen Länder, die bei den Bologna-Reformen im Rückstand sind, Unterstützung erhalten. Auch die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre soll in Paris zur Sprache kommen – angesichts der Entwicklungen in der Türkei oder des Streits um die private Central European University in Ungarn ein aktuelles Thema. „Deutschland tritt dabei für die Werte des Europäischen Hochschulraums ein: die Wissenschaftsfreiheit und die Autonomie demokratisch verfasster Hochschulen, denen die Beteiligung der Studierenden, Lehrenden und Forschenden selbstverständlich ist“, so Bundesbildungsministerin Anja Karliczek. Deutschland möchte auch den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Macron unterstützen, europäische Hochschulnetzwerke auszubauen. Diese sollen es Studierenden erlauben, das Studium mehrerer Fächer an unterschiedlichen Universitäten europaweit zu kombinieren.

Marie Teich

1) Bericht dazu unter [bit.ly/2HzCo0M](https://bit.ly/2HzCo0M)

2) [bit.ly/2H1PG4Y](https://bit.ly/2H1PG4Y)

3) Physik Journal, Dezember 2012, S. 3 und März 2013, S. 16.